

## **Claus Vogt Marktkommentar - Ausgabe vom 17. Juli 2015**

### **Wer manipuliert den Goldpreis?**

- Die Manipulationen am Goldmarkt sind offensichtlich ...
- ... funktionieren aber nicht auf Dauer
- Weitere wichtige Voraussetzung für eine Goldhaussa ist erfüllt
- Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen?
- Stühle rücken in Ministerien verursacht immer wieder enorme Kosten

### **Auffällige Verkauforders drücken den Kurs**

Liebe Leser,

wenn Sie wie ich den Goldkurs täglich verfolgen, haben Sie hier bestimmt auch schon ungewöhnliche Kursentwicklungen beobachtet. So war es auch am Dienstag, den 7. Juli 2015. An diesem Tag kam der Goldpreis um die Mittagszeit in Deutschland unter Druck, also noch vor Markteröffnung in den USA, und fiel bis zu der bei rund 1.150 \$ verlaufenden Trendlinie zurück. Wie so oft ging der Verkaufsdruck auch dieses Mal vom US-Terminmarkt aus. Hier wurden innerhalb weniger Stunden mehr als 120.000 Gold-Kontrakte gehandelt, was rund 375 Tonnen Gold entspricht.

Wie immer, wenn der Goldpreis fällt und zu eher ungewöhnlichen Tageszeiten große Verkauforders an den Terminbörsen für fallende Kurse sorgen, wurden auch jetzt wieder Stimmen laut, die hinter diesem Kursrückgang eine Konspiration sehen, hinter der Zentralbanken und Regierungen stecken sollen. Gänzlich ausschließen wollen wir diese These nicht. Allerdings gibt es dafür keinerlei Beweise, ja noch nicht einmal Indizien, die für diese These sprechen.

### **Die Manipulationen am Goldmarkt sind offensichtlich ...**

Tatsache ist jedoch, dass es am Goldmarkt schon seit vielen Jahren Auffälligkeiten gibt, die sehr deutlich auf Marktmanipulationen hinweisen. Dazu gehören auch große Verkaufsaufträge, die unlimitiert zu einer Zeit an den Markt gegeben werden, wenn dieser kaum liquide ist. Normale Verkäufer, die einen möglichst guten Preis erzielen wollen, gehen so natürlich nicht vor. Sie sind stattdessen sehr bemüht, ihre Verkäufe möglichst marktschonend abzuwickeln.

Wer anders vorgeht, hat ganz offensichtlich auch ein anderes Ziel. Er will mit seiner Verkauforder einen möglichst starken Preisrückgang bewirken.

Aber wer sollte das tun, wenn nicht Zentralbanker und Regierungen, die mit allen Mitteln den Bestand des Papiergeldsystems sichern wollen?

In der gerade erschienenen August-Ausgabe unseres Börsenbriefs Krisensicher Investieren nennen Roland Leuschel und ich drei überzeugende Gründe, die gegen eine Beteiligung von Zentralbanken und Regierungen an diesen Marktmanipulationen sprechen. Aber wenn es nicht die Zentralbankbürokraten sind, wer ist es dann? Die Antwort auf diese interessante Frage ist relativ einfach: mächtige Marktteilnehmer mit tiefen Taschen sowie besten Marktkenntnissen und Marktzugängen. Wie und warum sie das tun, legen wir in Krisensicher Investieren ausführlich dar.

### **... funktionieren aber nicht auf Dauer**

Darüber hinaus – und dieser Punkt ist mit Abstand der bedeutendste – erläutern wir, dass diese Kursmanipulationen nicht dauerhaft möglich sind. Im Moment deutet schon vieles darauf hin, dass die absichtlich herbeigeführten Kursrückgänge nicht mehr das gewünschte und aus Sicht der Manipulateure notwendige Ausmaß erreichen. Damit ist eine wichtige Voraussetzung für eine bald beginnende Goldhaussa erfüllt.

### **Weitere wichtige Voraussetzung für eine Goldhaussa ist erfüllt**

Außerdem haben sowohl die Sentimentindikatoren als auch die Positionierungen der Terminmarktteilnehmer Extremwerte erreicht. Teilweise haben sie sogar neue Rekorde aufgestellt. Diese Kombination ist ein sehr starkes Argument für unsere Prognose, dass die Edelmetallmärkte nicht vor einer neuen Abwärtswelle stehen, sondern am Ende ihrer ausgeprägten Baisse, die 2011 begonnen hat.

Wahrscheinlich stehen Gold und Goldminenaktien jetzt unmittelbar vor einer Trendwende nach oben. Darauf und mit welchen Investments Sie jetzt am meisten davon profitieren, gehen wir in der aktuellen Ausgabe von Krisensicher Investieren ausführlich ein. [Jetzt Krisensicher Investieren 30 Tage kostenlos bestellen.](#) Goldminenaktien bieten heute ein größeres Gewinnpotenzial als zur Jahrtausendwende, das heißt am Beginn der langfristigen Goldhaussa. Seien Sie mutig und steigen Sie ein. Wann sonst, wenn nicht in Zeiten wie diesen?!

Übrigens hat auch während der Bodenbildung der Jahre 1999 bis 2001 fast niemand an die anschließende Goldhaussa und den fulminanten Anstieg des gelben Metalls geglaubt. Geärgert haben sich hinterher sehr viele. Vielleicht erinnern Sie sich noch?

## Goldpreis pro Unze in \$, 1997 bis 2015



**Die Stimmung der Marktteilnehmer ist heute noch schlechter als während der Bodenbildung der Jahre 1999 bis 2001. Wer damals kaufte, hatte 10 Jahre lang Grund zu großer Freude. Quelle: StockCharts.com**

Ich wünsche Ihnen ein hochsommerliches und entspanntes Wochenende.

Ihr

Claus Vogt

Claus Vogt, Chefredakteur Krisensicher Investieren

P.S.: Schauen Sie nach Griechenland, wenn Sie wissen wollen, wohin auch hier die Reise geht. Lesen Sie dazu unsere Themenschwerpunkt-Ausgabe „Weltwährungssystem und Staatsfinanzierung vor dem Kollaps“. Verschaffen Sie sich den Wissensvorsprung.

[Schützen und mehren Sie Ihr Vermögen und testen Sie noch heute KRIENSICHER INVESTIEREN 30 Tage kostenlos.](#)

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs Krisensicher Investieren.

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfalle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).

## **Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen?**

### **Stühle rücken in Ministerien verursacht immer wieder enorme Kosten**

Autor: Gotthilf Steuerzahler

Liebe Leserinnen und Leser,

nach Wahlen geht die Regierungsbildung im Bund und in den Ländern häufig mit einem Neuzuschnitt der Ministerien einher. Nach rein politischen Gesichtspunkten werden Zuständigkeiten verändert, werden Ministerien vergrößert, verkleinert oder gelegentlich auch neu geschaffen, je nachdem, welche Themen gerade Konjunktur haben. Dass ein solcher Neuzuschnitt von Ministerien erhebliche Kosten verursacht, spielt dabei für die Politik so gut wie keine Rolle.

Formal trifft der Regierungschef/die Regierungschefin die Entscheidung über die Zuständigkeiten der einzelnen Ministerien. Aber regelmäßig wird der Zuschnitt der Geschäftsbereiche heutzutage im Rahmen von Koalitionsverhandlungen festgelegt. Dann werden ganze Abteilungen oder auch nur einzelne Referate aus ihrem bisherigen Ministerium herausgelöst und einem anderen Geschäftsbereich zugeordnet. Die von dem Neuzuschnitt betroffenen Mitarbeiter müssen diesen Wechsel mit vollziehen.

Von derartigen Umressortierungen sind die klassischen Ministerien wie Finanzministerium, Innenministerium oder Justizministerium zumeist nur am Rande betroffen. Dagegen erleben Bereiche wie Sport, Gesundheit, Umwelt, Frauen, Integration, Verbraucherschutz oder Kultur es häufig, dass sie sich nach einer Regierungsneubildung in einem anderen Ministerium wiederfinden. Aber diese Zuordnung muss nicht von Dauer sein; es ist vorgekommen, dass die genannten Bereiche innerhalb weniger Jahre mehrfach zwischen verschiedenen Ressorts hin und her wanderten.

### **Hunderte von Mitarbeitern müssen umziehen**

Die Reibungsverluste und die Kosten, die der Neuzuschnitt von Ministerien verursacht, sind beträchtlich. Vielfach wird nicht zugelassen, dass die betroffenen Abteilungen oder Referate als ausgelagerte Teile ihres neuen Ministeriums einfach in ihren angestammten Büros verbleiben dürfen. Oft müssen Hunderte von Beamten und Angestellten in ein anderes Gebäude umziehen, damit möglichst alle Mitarbeiter des neu zugeschnittenen Ressorts nahe beieinander untergebracht sind. Neben den direkten Kosten der Umzüge entstehen dadurch umzugsbedingte Ausfallzeiten, da die

Bediensteten als Folge der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Umzüge ihre Arbeit in dieser Zeit natürlich nicht erledigen können.

Während das betroffene Fachpersonal seinen Aufgaben folgt und auch in dem neuen Ministerium wie gewohnt seinen Dienst verrichtet, gibt es bei Umressortierungen häufig Streit um das Personal in den Servicebereichen, also in den Bereichen Innerer Dienst, Personal, Organisation, IT und Haushalt. Vielfach weigern sich Ministerien, welche Zuständigkeiten verlieren, anteiliges Servicepersonal abzugeben. Es bleiben dann Personalüberhänge in den kleiner werdenden Ministerien, während die größer werdenden Ministerien zusätzliche Kräfte einstellen. Alles in allem ein teurer Spaß für die Staatskasse.

### **Umfangreiche Anpassungen bei der IT sind erforderlich**

Kostentreibend wirkt sich der Neuzuschnitt der Ressorts auch im Bereich der IT aus. Insbesondere die Einfügung von mitgebrachten IT-Verfahren in die Organisationsstrukturen des neuen Ministeriums ist arbeitsintensiv und zeitaufwendig. Hinzu kommt, dass die Betreuung der lokalen Arbeitsplatzinfrastruktur sowie der Office-Anwendungen vielfach in der Verantwortung der einzelnen Ressorts liegt. Bei einer Umressortierung sind dementsprechend umfangreiche Anpassungen erforderlich. Auch kann die fachliche Zusammenarbeit mit den nachgeordneten Behörden insbesondere im Bereich der IT durch den Neuzuschnitt der Geschäftsbereiche deutlich erschwert werden.

Weiterhin entstehen an vielen Stellen kleinere Aufwände, die den Neuzuschnitt von Ministerien verteuern. So müssen fast immer Vordrucke, Rechtsvorschriften und Verträge geändert und an die neuen Verhältnisse angepasst werden. Auch außerhalb der betroffenen Ministerien, zum Beispiel bei den gehaltszahlenden Stellen oder den Familienkassen, sind Anpassungen erforderlich.

### **Einheitliche Vorgaben würden Umressortierungen leichter machen**

Natürlich könnten viele der geschilderten Schwierigkeiten vermieden werden, wenn die Ressorts stärker an einheitliche Vorgaben gebunden wären. So könnten zum Beispiel für alle Ministerien verbindliche Kennzahlen für die Servicebereiche entwickelt werden. Bei einer Umressortierung wäre dann mühelos zu ermitteln, wie viele Servicekräfte zu dem aufnehmenden Ministerium zu wechseln hätten. Im Bereich der IT könnte eine stärkere Standardisierung der einzusetzenden Soft- und Hardware vorgeschrieben werden, um Veränderungen beim Zuschnitt der Geschäftsbereiche zu erleichtern.

Die Betreuung der Arbeitsplatzinfrastruktur sowie der Office-Anwendungen sollte ohnehin von einem zentralen Rechenzentrum und nicht mehr von den einzelnen Ministerien selbst wahrgenommen werden.

Aber solche naheliegenden Überlegungen sind nur schwer in die Tat umzusetzen. Entsprechende Reformen wurden bisher in der Regierungspraxis unter Berufung auf das sogenannte Ressortprinzip immer wieder abgelehnt. Nach diesem verfassungsrechtlich verankerten Prinzip leitet jeder Minister seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung und muss sich dementsprechend in die Details seines Ministeriums nicht hineinreden lassen. Da kann man nur auf die wachsende Einsicht der Verantwortlichen in der Zukunft hoffen – oder auch gleich an den Weihnachtsmann glauben.

### **Das Gute am Schlechten: Durch Umressortierungen bleiben uns Reglementierungen erspart**

Andererseits stellt sich die Frage, ob es denn wirklich so schlimm ist, wenn Ministerien oder Teile davon sich über Wochen oder sogar Monate hinweg mit sich selbst beschäftigen und dadurch lahmgelegt werden. Denn gerade Bereiche wie Gesundheit, Umwelt, Frauen und Verbraucherschutz, die von Umressortierungen besonders häufig betroffen sind, sehen ihre Hauptaufgabe darin, die Bürger auf die eine oder andere Weise zu erziehen und zu bevormunden. Wenn da die Produktion von Reglementierungen aller Art gelegentlich ins Stocken gerät, ist das für die Allgemeinheit, liebe Leserinnen und Leser, vielleicht sogar von Vorteil, meint augenzwinkernd

Ihr

Gotthilf Steuerzahler

Dieser Text stammt aus dem kostenlosen Newsletter [Claus Vogt Marktkommentar](#).

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs [Krisensicher Investieren](#).

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfalle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).